

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Verstärkt den Massendruck!

### Tarifbruch-Verordnung aufgehoben – Verschleppung aller übrigen Fragen im Reichskabinett

Berlin, 14. Dezember.

WTB. Die Reichsregierung hat heute die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgesehen. Um jedoch Unternehmer, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, und ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichen Schäden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein.

Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Mit der Aufhebung der Verordnung vom 5. September wird in der ganzen, besonders in der sozialdemokratischen, Presse ein großes Täuschungsmanöver inszeniert. Es wird geflissentlich der Anschein zu erwecken versucht, als ob damit ein riesiger parlamentarischer Erfolg und die Beseitigung der ganzen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Papen-Regierung erreicht worden wäre. Das ist durchaus nicht der Fall. Zwar ist die Aufhebung der Verordnung vom 5. September gewiß ein Vorteil für die Arbeiterschaft, aber noch ein sehr winziger gegenüber den nach wie vor bestehenden Abbaumassnahmen der Papen-Regierung. Die Verordnung vom 5. September war nur eine Ergänzung zu der das ganze Papen-Programm umfassenden Verordnung vom 4. September.

Die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung vom 5. September bestanden darin, daß die Unternehmer bei Neueinstellungen nicht nur die 400 Mark Steuergutscheinprämien bekämen, sondern auch noch den Tariflohn abbauen konnten. Weiter war darin vorgesehen, daß die Schlichter selbstherrlich für „gefährdete“ Betriebe den Tariflohn um 20 Prozent kürzen konnten. Das ist jetzt gefallen. Aber man hat, um den Unternehmern nicht allzusehr wehe zu tun, die Ablauffristen dieser Bestimmungen bis zum 31. Dezember bzw. 31. Januar festgelegt.

Daß dieser Teil der Verordnung gefallen ist, ist zweifellos viel weniger ein parlamentarischer Erfolg als eine Auswirkung der vielen Hunderte von Streiks der Arbeiter gegen die Anwendung dieser Lohnabbauverordnung.

Vor diesem Druck der außerparlamentarischen Massenkämpfe ist die herrschende Klasse einen Schritt zurückgewichen. Es wäre aber ein Trugschluß zu glauben, daß durch die Aufhebung allzuviel an den gegenwärtigen miserablen Löhnen geändert würde. Die erdrückende Mehrzahl aller heute geltenden Lohnbestimmungen in den Betrieben sind nicht auf Grund der Papenverordnung, sondern durch „ordnungsgemäße“ Schiedssprüche bzw. freiwillige Tarifvereinbarung zustande gekommen, so daß an diesen niedrigen Lohnsätzen durch die Aufhebung nicht das geringste geändert wird. Lediglich die relativ kleine Zahl von Arbeitern, deren Lohn auf Grund der Papenverordnung gekürzt wurde, hat durch die Aufhebung den Vorteil, daß der frühere Tariflohn wieder hergestellt wird.

### Alle übrigen Bestimmungen der Papenwirtschaftspolitik bleiben bestehen

Das Kernstück der Papenverordnung vom 5. September war bekanntlich die „Ankurbelung der Wirtschaft“ durch riesige Subventionen an das Privatkapital in Höhe von 1,2 Milliarden Mark in Gestalt der Steuergutscheine. Diese und alle damit zusammenhängenden Bestimmungen bleiben nach wie vor bestehen. (Bestehen bleiben auch, wie wir gestern darlegten, auch alle Unterstützungsabbaubestimmungen der Papenverordnung vom 14. Juni.)

Daß das Schleicher-Kabinett nicht etwa gewillt ist, „mit den Arbeitern zusammen“ zu regieren, sondern genau wie seine Vorgänger bestrebt ist, die Interessen des Großkapitals wahrzunehmen, wird am deutlichsten bewiesen durch die Tatsache, daß auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 11. Dezember allein drei Minister des Schleicher-Kabinetts sprachen. Der Reichsarbeitsminister Syrup versicherte den dort versammelten Großkapitalisten, daß der Freiwillige Arbeitsdienst in jeder Hinsicht weiter gefördert würde, der Finanzminister von Schwerin-Krosigk erklärte, daß auch die Schleicher-Regierung sich für das Prinzip der Unterstützung der privatkapitalistischen Initiative einsetze. Und der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold betonte:

„Das Wirtschaftsprogramm des 4. September (von Papen) hat drei Hauptteile, nämlich 1. die Zuführung von Steuergutscheinen an die Wirtschaft für Steuerentrichtungen, 2. die ebenfalls in Form von Steuergutscheinen zu gewährenden Beschäftigungsprämien und 3. eine Arbeitsbeschaffung in

Höhe von etwas mehr als ¼ Millionen RM. An diesen drei Maßnahmen wird die neue Reichsregierung festhalten.“

Diese Erklärung zusammen mit der auf der Tagung durch Siemens und Krupp von Bohlen-Halbach befehlsmäßig aufgestellten Forderung, daß „der Einsatz aller produktiven Kräfte der Wirtschaft nicht durch parteipolitische Umstände zunichte gemacht werden dürfte“, zeigen eindeutig den großkapitalistisch-reaktionären Kurs der neuen Regierung.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch auch noch zu einer Reihe weiterer Fragen Stellung genommen. Aber abgesehen von der Aufhebung der Verordnung vom 4. September sind alle für die Arbeiterklasse so wichtigen und dringenden Fragen, wie Arbeitsbeschaffung, Winterhilfe, Aufhebung der Sondergerichte und Beseitigung der Terror- und Presseverordnung nicht erledigt, sondern auf spätere Beratungen verschoben worden. Daraus geht hervor, daß die Regierung Schleicher gar nicht daran denkt, die unter dem Druck der Massen gefaßten Parlamentsbeschlüsse durchzuführen. Sie will Zeit gewinnen, um dann durch einige Scheinmaßnahmen die Massen zu täuschen, in Wirklichkeit aber die von Brüning und Papen eingeleitete Kapitalsdiktatur in aller Form weiterzuführen.

Die Arbeiterklasse darf sich daher keinen Augenblick auf irgendwelche Parlamentsbeschlüsse verlassen, sondern muß sich darüber klar sein, daß sie ihre Forderungen nur im verstärkten außerparlamentarischen Kampf durchsetzen kann.

### Haushaltsausschuß vertagt sich

Berlin, 14. Dezember.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute seine Beratungen über die ihm vom Plenum überwiesenen Anträge auf Aufhebung beziehungsweise Änderung von Notverordnungen fort.

Abg. Radel (Komm.) verlangte die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September 1932.

Abg. Dr. Pflieger (Bayr. VP) hielt es für notwendig, daß sich zunächst einmal die Regierung äußere, wie sie sich zu den vorliegenden Anträgen verhalte.

Min.-Dir. Dr. Weigert widerriet im Auftrage des jetzigen Reichsarbeitsministers der vorzeitigen Aufhebung der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern.

Min.-Dir. Dr. Hedding (Reichsfinanzministerium) erklärte, die Ausgabe von Steuergutscheinen für Steuerzahlen sei im Gange.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) wünschte die Anwesenheit des Reichsfinanzministers, des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers. Der sozialdemokratischen Fraktion liege nichts an Beschlüssen, die keine Wirkung hätten.

Der Ausschuß nahm in diesem Sinne Fühlung mit den hierbei in Frage kommenden Ministern. Die Beratung der Anträge zur Notverordnung vom 4. September 1932 wurde vorläufig ausgesetzt.

Zur Beratung kam dann die

### Frage des Unglücks von Premnitz.

Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Reichsregierung ersucht, für die Hinterbliebenen der Toten und die Familien der Verwundeten der Explosionskatastrophe im IG-Farbenwerk Premnitz bis zu fünf- und zwanzigtausend Reichsmark zur Linderung der ersten Nöte bereit zu stellen und die Versicherungsträger anzuweisen, mit größter Beschleunigung die Rentenverfahren zum Abschluß zu bringen.

Zugleich im Namen des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums teilte nunmehr Min.-Dir. Weigert vom Reichsarbeitsministerium mit, daß die drei Minister gern bereit seien, sich an der Aussprache im Ausschuß über die Arbeitsbeschaffung zu beteiligen, daß sie aber leider durch unauflösbare Besprechungen von großer politischer Tragweite heute am Erscheinen verhindert seien. Auch seien

die Verhandlungen der Reichsregierung über die Arbeitsbeschaffung noch nicht abgeschlossen,

sie würden noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Der Ausschuß beschloß daraufhin, unter der Voraussetzung, daß die drei Minister am Montag erscheinen können, an diesem Tage die Anträge zur Arbeitsbeschaffung zu beraten. Jedenfalls soll aber die nächste Sitzung, wenn die Minister am Montag noch nicht bereit sind, zu dem frühestmöglichen Termin einberufen werden.

### Neues Zeitungs-Verbot

Magdeburg, 14. Dezember.

WTB. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die „Tribüne“, kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg-Anhalt, auf fünf Tage verboten, weil die Zeitung einem Verlangen des preußischen Innenministers um Abdruck einer amtlichen Entgegnung nicht ordnungsgemäß entsprochen hat.

## Amnestie-Entscheidung verschoben!

### Verstärkt den Kampf

### für die Befreiung der proletarischen Gefangenen!

Berlin, 15. Dezember.

Die Reichsratsausschüsse berieten am Mittwochabend das vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossene Amnestiegesetz. Eine endgültige Entscheidung konnten die Ausschüsse jedoch noch nicht fällen, es findet vielmehr eine zweite Lesung am nächsten Dienstag statt. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollsitzung am heutigen Donnerstag vom Reichsrat noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Vollsitzung, dann voraussichtlich die letzte vor Weihnachten, ist für diesen Zweck für nächsten Dienstagabend in Aussicht genommen. Im Reichsrat besteht jedoch, wie das VDZ-Büro erzählt, die feste Absicht, noch rechtzeitig vor Weihnachten die Entscheidung über die Amnestie herbeizuführen.

Die Vertagung des Beschlusses über die Amnestie zeigt, wie stark die Widerstände sind, die hinter den Kulissen gegen die Befreiung der proletarischen Gefangenen mobil gemacht werden. Um so wichtiger ist es, daß die Arbeiterschaft die neue Frist bis zum Dienstag nächster Woche benutzt, um ihrer Forderung auf umfassende Amnestierung aller proletarischen

Gefangenen überall eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die Anstrengungen unserer Genossen müssen darauf gerichtet sein, sofort in allen Betrieben und in allen proletarischen Organisationen entsprechende Beschlüsse zustande zu bringen und dafür zu sorgen, daß dieser Wille, der in dieser Frage einheitlichen Arbeiterschaft der Öffentlichkeit bekannt wird.

### Bayern gegen die Amnestie!

München, 14. Dezember.

CNB. Die bayerische Staatsregierung hat sich entschlossen, gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz Einspruch im Reichsrat einzulegen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bezeichnet das Amnestiegesetz als einen schweren Eingriff in die Justizsphäre der Länder. Außer prinzipiellen verfassungspolitischen Erwägungen sprechen aber auch eine Reihe kriminalpsychologischer Gründe schwerwiegendster Art gegen eine solche Amnestie.



# Preußischer Landtag fordert sofortige Amnestie

Berlin, 14. Dezember.

Der Preußische Landtag trat heute nachmittags zur ersten Vollziehung seines gegenwärtigen Tagungsabschnittes zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wandte sich Abgeordneter Kasper (KPD) scharf gegen das Verbot mehrerer kommunistischer Zeitungen in der Rheinprovinz und gegen die Auflösung kommunistischer Bezirksparteien. Ein von ihm eingebrachter Antrag, die Zeitungssperren der Rheinprovinz sofort aufzuheben und die Polizeipräsidenten von Stettin und Dortmund ihrer Ämter zu entheben, wurde abgelehnt.

Abgeordneter Steinfurth (KPD) beantragte einen besonderen Landtagsbeschluss dahingehend, daß die preußischen Vertreter im Reichsrat ausdrücklich angewiesen werden, im Reichsrat gegen die Amnestie keinen Einspruch zu erheben.

Der kommunistische Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 290 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen sieben Stimmen der Deutschen Volkspartei und kleinen Gruppen angenommen.

Zentrum und Deutschnationalen haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Abgeordneter Dr. Freisler (NSDAP) beantragt einen Landtagsbeschluss, der das Staatsministerium beauftragt, den Reichskommissar anzuweisen, daß alle Gefangenen, die unter die Amnestie fallen, sofort freizulassen sind. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten sofort angenommen.

Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein und nahm die Abstimmungen über die Anträge vor, bei denen sich in der letzten

Sitzung die Beschlussfähigkeit des Landtages ergab.

Zunächst wurde die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag wiederholt, der die sofortige Wiedereinsetzung des Staatsanwalteriums in alle die Rechte verlangt, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtages erforderlich sind. Im übrigen wurde das Verlangen auf sofortige Aufhebung der Verordnungen vom 20. Juli und vom 18. November erneuert. Die Nationalsozialisten beteiligten sich wieder nicht an der Abstimmung, die Kommunisten gaben Enthaltungskarten ab. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 148 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei gegen 27 Stimmen der Deutschnationalen und kleineren Gruppen bei 53 Enthaltungen der Kommunisten angenommen.

In weiteren angenommenen Anträgen verlangt der Landtag u. a.,

daß die Erhebung einer Krankenscheingebühr und des Arzneikostenbeitrages von Krankenwohlfahrtsempfängern unterbunden werde.

Auch wird eine Verbilligungsaktion für Frischmilch zugunsten der Sozialretter und Erwerbslosen gefordert. Die Gemeinden sollen angewiesen werden, menschenwürdige Unterkunftsräume für obdachlose Wanderer einzurichten und für diese Personen warmes Essen bereitzustellen. Auf Antrag der Kommunisten wird die Staatsregierung ersucht,

sämtliche aus Anlaß des Berliner Verkehrstreiks eingeleiteten Strafverfahren einzustellen und bereits ergangene Urteile nicht zu vollstrecken.

Die weitere Debatte wird auf Donnerstag vertagt, wo außerdem eine kulturpolitische Debatte auf der Tagesordnung steht.

# 58 248 Tote in der Mandschurei Gemordet vom japanischen Imperialismus

(Tel.-Komp.) Die chinesische Delegation in Genf teilt mit,

daß in der Mandschurei in der Zeit vom 18. September 1931 bis zum 5. Dezember 1932, das ist also etwa seit dem Beginn der Wirren, 58 248 Personen ums Leben gekommen sind.

Und zwar wurden durch Luftbombardements, Artillerie- und Infanteriefeuer sowie andere Kriegshandlungen auf chinesischer Seite 12 026 Zivilpersonen, 390 Polizisten, 25 680 Freiwillige und 20 214 Soldaten getötet. Das nennt der Imperialismus „Ordnung“ herstellen.

## Japan will weiter morden

(Reuter.) Der britische Botschafter hat die japanische Regierung dringend ersucht, die Einsetzung der in Genf vorgeschlagenen Vergleichskommission zur Regelung des mandschurischen Konflikts anzunehmen. Vergeblich. Die Regierung hat ihre Delegation in Genf angewiesen, die Teilnahme der Vergleichskommission abzulehnen, auch wenn ihr die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion angehören würden.

Dazu paßt auch, daß sich ein japanisches Regierungsmitglied einem amerikanischen Pressevertreter sehr ungehalten

gegen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion

ausgelassen hat. Er erklärte unter anderem: „Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen der USSR mit China sei in Japan sehr schlecht aufgenommen worden. Er lagte hinzu, Elemente, die am meisten ins Land seien, den Frieden zu stören, machten gemeinsame Sache. Gegen diese Kräfte wende sich Japan in klarer Weise.“

Das inzwischen erfolgte Dementi dieser Äußerung durch die japanische Regierung ist nicht ernst zu nehmen.

## USA-Imperialismus stößt vor

Tokio, 14. Dezember.

Wie aus hiesiger Quelle verlautet, haben die Vereinigten Staaten und China einen provisorischen Vertrag unterzeichnet, demzufolge China eine Anleihe von 15 Millionen amerikanischen Dollar erhalten soll. China gewährt als „Sicherheit“ den Bau bedeutender Flugstationen durch Amerika an der Ostküste der Hainan-Insel, in Heitschau und an der Heiho-Mündung. Amerika soll innerhalb von zwei Jahren über 500 Flugzeuge nach China bringen.

Diese Flugzeuge und Flugstationen dienen selbstverständlich nicht dem „Verkehr“, sondern sind nichts anderes als Militärstationen des amerikanischen Imperialismus in Ostasien zur Unterjochung der chinesischen Bevölkerung.

# Der Schuldenkonflikt mit USA

## Auch Belgien zahlt nicht — Schwierige Regierungsbildung in Frankreich

Brüssel, 14. Dezember.

In seiner gestrigen Sitzung befaßte sich das Kabinett mit der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenzahlung an Amerika. Das Kabinett beschloß einstimmig, am 15. Dezember keine Zahlung an Amerika zu leisten.

Dieser Beschluß findet in der Bevölkerung und der ganzen Presse lebhaften Beifall.

## Die englische Zahlung

London, 14. Dezember.

WTB. Die Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Federal Reserve Bank von New York über die technischen Einzelheiten der Zahlung der britischen Schuld an Amerika sind so weit beendet, daß die Rate in Höhe von 95 550 000 Dollar in Gold am Donnerstag in New York zur Verfügung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten stehen wird.

Das englische Unterhaus hat sich am Mittwoch mit dem Schuldenproblem beschäftigt, wobei die Regierung ihren Standpunkt, zwar jetzt die fällige Zahlung zu leisten, aber nur a conto der endgültigen Regelung auf einer baldigen Konferenz, darlegte. Lloyd George für die Liberalen und ein Vertreter der Arbeiterpartei wandten sich gegen jegliche Zahlung. — Italien, die Tschechoslowakei und Lettland haben sich bereit erklärt, die Zahlungen an USA zu leisten und dementsprechende finanzielle Maßnahmen getroffen.

## In Frankreich

ist durch den ablehnenden Kammerbeschuß und den Regierungssturz eine sehr komplizierte Lage entstanden. Die Kammer hat nach dem Sturz Herriots weiter getagt. Hier wie dann auch in den Kammerausschüssen hat die Mehrheit sich befreit, darzulegen, daß die Ablehnung der jetzigen Ratenzahlung an die USA keineswegs bedeuten soll, Frankreich käme seinen „rechtlichen und moralischen“ Verpflichtungen nicht nach, sondern es wende sich nur gegen eine „ungerechte, diktatorisch einseitige“ Regelung der Kriegsschuldfrage. Frankreich wolle mit seinem Beschluß vor allem eine internationale Konferenz mit einer endgültigen Regelung des Schuldenproblems erzwingen.

Die Regierungsbildung stößt in Frankreich auf große Widerstände, weil die Oppositionsmehrheit bei der Abstimmung über die Schuldenszahlung sich aus Parteigruppierungen zusammensetzt, die in allen übrigen politischen Fragen sich schroff gegenüberstehen. Als Kandidaten für den künftigen Minister-

präsidenten werden der radikale Deladier und Paul Boncour genannt. Von den Rechtsparteien wird Stimmung für die Bildung eines „nationalen Konzentrationsskabinetts“ gemacht. Man will offensichtlich die nationale Erregung der Bevölkerung ausnutzen, um wieder, wie seinerzeit unter Poincaré, eine ganz reaktionäre Politik einzuleiten.

## Der englisch-persische Oelkonflikt vor dem Völkerbund

Die englische Regierung hatte angekündigt, daß sie den durch die plötzliche Entziehung der Oelkonzession durch die persische Regierung entstandenen Konflikt vor das Haager Schiedsgericht bringen wolle. Die persische Regierung hat aber eine Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes abgelehnt und angekündigt, den Streitfall vor den Völkerbund zu bringen. Dem ist jetzt die englische Regierung zuvorgekommen, indem sie ihren beherrschenden Einfluß im Völkerbund dazu benützte, um von sich aus die Frage in Genf zur Behandlung und Entscheidung zu stellen. Schon in den nächsten Tagen soll sich der Völkerbundsrat damit beschäftigen.

Durch die Note der persischen Regierung an den Völkerbund werden jetzt auch die wirklichen Gründe für die Kündigung der Oelkonzession bekannt. Sie beweisen, daß die „Rechte“ des englischen Oelkapitals in Persien nur entstanden sind unter dem imperialistischen Druck Englands, d. h., daß die ganze „Konzession“ nichts anderes als die übliche Vergewaltigung der Imperialisten gegenüber kolonialen und halbkolonialen Ländern darstellt. Die persische Regierung stellt fest:

1. Die Konzession wurde infolge der Ausübung eines Druckes erlangt.
2. Der Betrag der Abgaben an die persische Regierung wurde in unfairer Weise berechnet.
3. Der persischen Regierung war nicht das Recht zugestanden worden, die Bilanzen der Gesellschaft nachzuprüfen.
4. Die persische Regierung hat während der Kriegszeit keine Abgaben erhalten.
5. Es ist keine Einkommensteuer von der Gesellschaft gezahlt worden.
6. In anderen Teilen der Welt sind von der Gesellschaft unbesonnene Ausgaben gemacht worden, während in Persien übertrieben hohe Preise festgesetzt worden sind.

## Brolat a. D.

Berlin, 14. Dezember.

CNB. Der Aufsichtsrat der BVG beschloß, Direktor Brolat als Vorstandsmitglied der BVG abzuberufen und mit sofortiger Wirkung auf seine weitere Dienstleistung zu verzichten. Eine Neubesetzung des Postens ist nicht vorgesehen. Brolat erhält also weiter sein Gehalt bis zum Ablauf seines Vertrages, also bis zum 31. Dezember 1933 und wird dann pensioniert, vorausgesetzt, daß nicht inzwischen der Ausgang des gegen ihn schwebenden Strafverfahrens wegen Meinesides eine anderweitige Regelung, gegebenenfalls eine fristlose Entlassung ohne Pensionsansprüche, rechtfertigen würde.

# Neue Nazi-Bemühungen um Preußen

Die NSDAP hat einen neuen Versuch unternommen, in Preußen auf die Ministerseessele zu gelangen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerr hat mit den Führern der deutschnationalen Landtagsfraktion verhandelt, um sie für die Beteiligung an einer von einem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten geführten Preußenregierung zu gewinnen.

Die Nationalsozialisten haben sich dabei einen besonders schlaun Dreh ausgedacht. Einerseits wollen sie in Preußen Regierungs-

Kabinettschleicher zu gewährleisten. Außerdem wird von der Reichsregierung der Reichstagspräsident Göring, den die Nazis erneut als preußischen Ministerpräsidenten vorschlagen, als Person abgelehnt.

So sind die Aussichten für die Verwirklichung dieses nationalsozialistischen Planes sehr gering. Die Antwort der Deutschnationalen dürfte zwar die Tür zu weiteren Verhandlungen offen lassen, sie wird aber den Plan in dieser Form ablehnen. Das Zentrum, dessen Mitwirkung ja ebenfalls notwendig wäre, hat noch keinen Beschluß gefaßt. Wie man hört, soll Hirtzsiefer dafür eintreten, daß das Zentrum auch ohne Zustimmung der Reichsregierung zunächst einmal einen Nationalsozialisten zum preußischen Ministerpräsidenten wähle, um überhaupt eine aktionsfähige Preußenregierung zu schaffen. Andere, wehrselblich einflussreichere Zentrumskreise, stehen aber dem nationalsozialistischen Plan ablehnend gegenüber.

Alles in allem sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten erneut, also bis zum Januar vertagt werden wird.

## Strasser wird eingestampft

München, 15. Dezember.

Wie die „Münchener Post“ heute mitteilt, war für die Nummer 51 des „Illustrierten Beobachters“, die vom 17. Dezember datiert ist, ein über viele Seiten reichender Aufsatz über Gregor Strasser, betitelt „Männer und Charakter“, vorgesehen. Der Artikel, der mit zahlreichen Illustrationen versehen und ein einziges Loblied auf die hervorragenden Eigenschaften Strassers darstellte, darin aber nach der „Beurlaubung“ Strassers nicht mehr erscheinen. Vielmehr wurde die gesamte Auflage der Nummer 51 des „Illustrierten Beobachters“ eingestampft und eine Ersatznummer hergestellt, die den Strasser-Artikel nicht mehr enthält.

Übrigens soll Strasser seinen Freunden erzählt haben, er sei von Hitler in einer Weise persönlich brüskiert worden, die nicht mehr zu ertragen gewesen sei; er wolle sich jetzt als ehemaliger Apotheker auf die Suche nach einer stillen Apotheke in Oberbayern begeben.

## Sehr milde!

Marburg, 14. Dezember.

WTB. Die Strafkammer verurteilte drei SA-Leute wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu je einem Jahr Zuchthaus unter Ablehnung von Bewährungsfrist.

Die Verurteilten hatten in der Nacht zum 10. Oktober einen 47jährigen Farmer so schwer verprügelt, daß er betäubungslos liegen blieb und drei Wochen das Bett hüten mußte.

## KPD fordert Reichstageseinberufung

Berlin, 14. Dezember.

CNB. Der Abgeordnete Torgler hat im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion an den Präsidenten des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einberufung des Reichstagsplenums zu Montag, den 19. Dezember, fordert. Auf der Tagesordnung soll stehen: 1. Bericht und Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den Winterhilfemaßnahmen für die Erwerbslosen und sämtliche Hilfsbedürftigen. 2. Bericht und Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932. 3. Mißtrauensantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Reichsregierung von Schleicher.

partei werden, andererseits möchten sie im Reich ungebunden bleiben. Das widerspricht aber allen Plänen der Reichsregierung und des Kreises um Hindenburg, da bekanntlich ein Gegensatz Preußen-Reich unter allen Umständen vermieden werden soll; deshalb ist ja auch vorgesehen, daß ein prominenter preußischer Minister in das Reichskabinett eintritt. Gewissmaßen zur Überbrückung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung haben sich die Nazis die Sache nun so gedacht, daß die Deutschnationalen das Finanzministerium übernehmen und daß dann dieser deutschnationale Finanzminister gleichzeitig Mitglied der Reichsregierung wird. Die Nationalsozialisten aber wollen sich vorbehalten, zur Täuschung ihrer Wähler auch weiterhin im Reich Oppositionspartei zu spielen.

Die Reichsregierung hat natürlich wenig Neigung, auf diesen Plan einzugehen. Ihr liegt in erster Linie daran,

die Nationalsozialisten für eine dauernde Tolerierung des Kabinetts Schleicher zu gewinnen.

und daher verlangt sie, daß ein nationalsozialistischer Preußenminister in die Reichsregierung eintritt, um die endgültige Bindung der NSDAP an das



### Zweiter Potempa-Prozeß erst im Januar vor dem Schwurgericht

Beuthen, 14. Dezember.

Der für den kommenden Freitag vor dem Sondergericht Beuthen angesetzte Termin gegen die erst nach Abschluß des ersten Potempa-Prozesses verhafteten Golombek und Dutzi ist mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit der Aufhebung der Sondergerichte heute abgesetzt worden. Die Verhandlung gegen diese beiden Mittäter des Ueberfalls auf den kommunistisch gesinnten Arbeiter Pietrzuch in Potempa in der Nacht nach dem Inkrafttreten der materiellen Sondergerichts-Naturverordnung wird nun vermutlich erst in der ersten Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Beuthen im Januar nächsten Jahres vor sich gehen.

### „Die großen Diebe . . .“

Liegnitz, 13. Dezember.

Der wegen Verdachts der Devisenschlebung in Untersuchungshaft gesetzte Liegnitzer Fabrikbesitzer Teichert wurde am Montag gegen Stellung einer Kaution von 50.000 RM aus der Haft entlassen. „Der Haftbefehl besteht weiter, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen“, heißt es. 50.000 RM . . . Proleten können das nie, aber sie ertragen in leichter das „Abbrummen“ . . .

### Großfeuer in einer Kunstpappenfabrik

Am Mittwoch gegen 19,30 Uhr brach in einer Trockenkammer einer Kunstpappenfabrik in der Offener Straße in Breslau Feuer aus, das rasch großen Umfang annahm. Die Feuerwehr griff den Brand mit all' Rohren an. Nach anderthalbstündiger Arbeit war das Feuer gelöscht. Ein Feuerwehrmann erlitt bei den Löscharbeiten, die im übrigen durch starke Rauchentwicklung erschwert wurden, Brandwunden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Lagerräume und ein Teil der Dachkonstruktion sind ausgebrannt. Dagegen konnte der Maschinenraum erhalten werden, so daß der Betrieb der Fabrik voraussichtlich keine Unterbrechung erfahren wird. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

### Liegnitzer Stadtverordnetenversammlung (Sonderbericht der SAZ)

Die Stadtverordnetenversammlung am Montag „durfte zur Kenntnis nehmen“, daß der Regierungspräsident durch Verfügung die Negersteuer auf 50 v. H. des Landessatzes für Liegnitz festgesetzt hat. Gemeckert wurde zwar gegen solche Eingriffe in das städtische Verwaltungsleben — und damit war die Angelegenheit erledigt. Stadtv. Fischer (SPD) erklärte, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen die Bürgersteuer sei. Wir würden ihm raten, bei seinen Parteigenossen Severing bzw. Braun sich über die Vorgeschichte der Einführung der Bürgersteuer zu informieren. Viel-

**Du mußt auch für unsere Winterhilfe sammeln!**

**Hilfsaktion der I. H. V.**  
Ortsgruppe Breslau.  
Zugunsten der politischen Gefangenen und deren Angehörigen.  
In den einzelnen Stadtteilen sind folgende Sammelstellen zur Annahme von Spenden jeglicher Art eingerichtet worden:  
Zentrum und Westen: Parteibüro der SAP, Kleine Holzstraße 3, I.  
Süden: Pelz, Neudorfstraße 107, Gartenh., II.  
Nord: Felke, Rosenthaler Straße 14, I.  
Zimpel: Scholz, Rotkehlchenweg 23.  
Osten: Feierabend, Palmstraße 22, Hof rechts.

leicht geht ihm dann auf, was „solche grundsätzliche Gegenklärung“ heute zu bedeuten habe.  
Zugestimmt wurde der Wiedereröffnung der Wärmehalle für Erwerbslose und die Kosten hierfür bewilligt. Eine längere Aussprache entwickelte sich über Siedlungsbauvorhaben der „Bauhütte“ und der Maurer- und Zimmerer-Innung. Die dabei zutage getretenen Rivalitäten der beiden Gruppen seien übergangen. SAP-Genossen finden in den sog. sozialen Betrieben sowieso keine Beschäftigung.  
Den Schluß der Sitzung bildete die Bewilligung einiger hundert Mark für den Volksdienst für freiwilligen Arbeitsdienst, der sein bisheriges offenes Arbeitsstager in ein geschlossenes umwandelt. An den Kosten hierfür beteiligt sich also die Stadt. Ohne Aussprache wurde diese Vorlage angenommen.

## „Schalen Sie nur ruhig aus! Die Firma braucht das Holz.“

### „Der Bau des Hallenschwimmbades wurde mit großer Leichtfertigkeit ausgeführt“

#### Beginn der Beweisaufnahme

Beuthen, 14. Dezember.

In dem Prozeß wegen des Einsturzungsunglücks beim Bau des Beuthener Hallenschwimmbades konzentrierte sich bei Beginn der Beweisaufnahme das Hauptinteresse auf die Vernichtung des als Zeugen geladenen Leiters des Stadtbauamtes Beuthen, Stadtbaumeister Stütz. Mit seiner Vernichtung dürfte auch der wichtigste Punkt der Beweisaufnahme erreicht sein.

Stadtbaumeister Stütz mußte ebenso wie der Angeklagte Wollt zugehen, daß die statischen Berechnungen für den Bau von dem Stadtbauamt nicht nachgeprüft worden seien.

Der Zeuge stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß ein Bau wie der des Hallenschwimmbades empirisch (?) berechnet werden könne, da er keine außergewöhnlichen Konstruktionen (Nun???) enthalte.

Der Sachverständige Professor Dr. Boost widersprach energisch dieser Auffassung des Zeugen.

In seiner weiteren Vernichtung erklärte Stütz, daß die statischen Berechnungen, die die Firma Walter fertigestellen hatte, bei Antritt seines Urlaubs, Anfang September 1929, noch nicht vorgelegen hätten. Er sei zu diesem Zeitpunkt, ohne die Berechnungen einer Prüfung unterzogen zu haben, in Urlaub gefahren und erst am 2. Oktober zurückgekommen.

Während dieser Zeit war bei der Stadtbauverwaltung Beuthen keine Person tätig.

Stütz ist der einzige Statiker, der die Berechnungen nachprüfen konnte. Nach seiner Meinung über das Unglück befragt, erklärte

er, es sei zu früh ausgeschalt worden. Das von der Firma Walter zur Anwendung gebrachte Gubverfahren hätte wesentlich längere Ausschaltungsfristen benötigt.

Auch die Vernichtung der anderen Zeugen ergab kein einheitliches Bild; einer belastet diesen, der andere jenen Angeklagten.

So sagte z. B. der als Zeuge vernommene Kriminalrat Schulz aus, daß ihm der Angeklagte Thomalla bei seiner ersten Vernichtung erklärt habe, er hätte Architekt Leschzinsky darauf aufmerksam gemacht, daß man mit der Ausschaltung noch einige Tage warten müsse. Leschzinsky habe ihm darauf geantwortet:

„Schalen Sie nur ruhig aus! Die Firma braucht das Holz!“

Etwas klarer wird die ganze Angelegenheit erst, als ein Teil des von Professor Rein von der T. H. Breslau erstatteten Gutachtens verlesen wird.

Darin heißt es, daß das Unglück nicht etwa auf höhere Gewalt oder Witterungseinflüsse, sondern auf technische Mängel zurückzuführen sei. Das gelieferte Steinmaterial sei viel zu schlecht gewesen. Hinsichtlich der Betonierungsarbeiten ist Prof. Rein der Meinung, daß die Tragfähigkeit der Decken nicht benannt werden konnte. Zum Nachteil der Firma Walter sei allerdings anzuführen, daß diese sich bei der statischen Berechnung auf eine Annäherungsrechnung verlassen habe, die aber nicht mehr den baupolizeilichen Vorschriften entspreche, da sie bis zu 10 Prozent von dem genauen Resultat abweiche. Es heißt ferner in dem Gutachten, daß der Bau des Hallenschwimmbades mit großer Leichtfertigkeit ausgeführt worden sei.

## Aus dem Brieger Stadtparlament Die SPD verschleppt Anträge der Erwerbslosen zur Winterhilfe

Nach zehnwöchiger Pause trat in der vorigen Woche endlich wieder einmal die Stadtverordnetenversammlung zusammen, um eine 23 Punkte umfassende Tagesordnung „aufzuarbeiten“. Neben dem Genossen Nagel vertritt jetzt auch der wegen seiner entschiedenen Linkseinstellung vor einer Woche aus der SPD ausgeschlossene Vorsitzende des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften, Genosse Paul Deumlich, die SAP im Stadtparlament.

Wir begrüßen den Genossen aufs herzlichste in unserer Partei.

Aus der Reihe der vorliegenden Jahresrechnungen von 1930 ging hervor, daß sich das Vermögen unserer rund 29.000 Einwohner großen Stadt 1930 zusammensetzte aus Kapitalvermögen, Grundvermögen und Mobilwert mit 20.035.313,48 Mark, ferner dem Stiftsvermögen mit 430.025,69 Mark und dem Vermögen der Wohlfahrtspflege mit 25.416,08 Mark, zusammen 20.490.755,25 Mark. Dem stehen an Schulden, Anleihen und Darlehen usw. 5.971.397,66 Mark gegenüber. Als Reinerwerb verbleiben 14.519.357,59 Mark.

Aus der Spielzeit 1930/31 der Brieger Stadttheater G. m. b. H. war noch aus Mitteln des vorjährigen Etats ein Fehlbetrag von 15.359,33 Mark nachzubewilligen. Diese Gelegenheit nutzten die Nazis aus zur Stellung eines Antrages, ihre „Deutsche Bühne“ als Gesellschafter in die Stadttheater G. m. b. H. aufzunehmen. Ueber den Antrag soll aber eine spätere Sitzung entscheiden.

Empört nahm die Versammlung Kenntnis von der der Stadt aufgezwungenen Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 von 300 auf 500 Prozent.

Nach langem Mühen ist aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches der Stadt ein Zuschuß zum Ausbau zweier Straßen, auf deren erbärmlichen Zustand auch an dieser Stelle schon hingewiesen worden ist, bewilligt worden. Bei genauerem Hinsehen muß aber festgestellt werden, daß von der 102.000 Mark betragenden Bau Summe die Stadt, um mehr Erwerbslose zu beschäftigen, nur 10 Prozent der Bau Summe, das sind 10.200 Mark, als unverzinsliche und unentgeltliche Grundförderung von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen kann. 71.400 Mark stellt die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten als Darlehen auf 15 Jahre zur Verfügung und von Unternehmern, die die Arbeiten ausführen, erhält die Stadt einen Kredit von 9100 Mark. Aus Etatmitteln hat die Gemeinde 11.300 Mark bereitstellen. In der Besprechung der Vorlage wird auf eine Reihe von Mißständen in der Beschaffenheit verschiedener Straßen hingewiesen. Demgegenüber erklärte der Oberbürgermeister einfach, daß, da kein Geld vorhanden, die Bürger mehr Aufmerksamkeit beim Begehren der Straßen wolten lassen sollen. — Ein Redner frag, ob wir uns wieder langsam auf Urzustände zurückentwickeln wollen.

Am lehrreichsten für die Brieger Arbeiterschaft war aber die Behandlung einer dringlichen Anfrage der SPD-Fraktion am Schluß der öffentlichen Sitzung an den Magistrat, welche Maßnahmen er im Rahmen der Winterhilfe zugunsten der Erwerbslosen zu tun

gedenkt. Die Sache selbst hat folgende Vorgeschichte:

In einer Erwerbslosen-Versammlung am 3. Oktober ist vom freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschuß folgender Antrag an den Magistrat aufgestellt und beschlossen worden.

1. Kostenlose Lieferung an alle Haushaltungen, deren Vorräte erwerbslos sind von monatlich 2 Ztr. Kohle.
2. Kostenlose Lieferung von warmer Unterwäsche an alle erwerbslosen Familien.
3. Kostenlose Instandsetzung des Schuhwerks, eventuell neue, für alle Erwerbslosen.
4. Ausgabe von Milchkarten für erwerbslose kinderreiche Familien.
5. Freie Benutzung der städtischen Badeanstalt für alle Erwerbslosen.

Diesen Antrag hat sich auch der Ortsausschuß des ADGB zu eigen gemacht und beschlossen, die SPD-Fraktion, als stärkste Arbeiterfraktion in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, aufzufordern, diesen Antrag einzubringen. Am 12. 10. hatte der Fraktionsführer der SPD, Pieterck, den Antrag des EA in Händen, Anfang Dezember entschlief er sich mit Ach und Krach, eine Anfrage an den Magistrat zu stellen. Die drei SAP- und KPD-Stadtverordneten waren der Ueberzeugung, daß die SPD in Verfolg des Beschlusses des Ortsausschusses einen Antrag mit Deckungsvorschlägen stellen wird; aber weit gefehlt. Da weder von einem Antrag noch von einer Anfrage der SPD etwas auf der gedruckten Tagesordnung stand, konnten wir nur noch in aller Eile nachträglich den Antrag des Erwerbslosen- und Ortsausschusses der freien Gewerkschaften einbringen, mit dem Bemerkten, die dazu notwendigen Deckungsvorschläge mündlich vorzutragen. Der Anfrager der SPD-Fraktion schilderte wohl das Elend der Erwerbslosen und forderte dabei auch die Beseitigung einiger Mißstände, berührte aber nicht den Antrag oder die Frage der Bereitstellung von Mitteln zu dessen Durchführung. Eine weitere Besprechung der Sache im allgemeinen und des Antrages der SAP und KPD im besonderen wurde vom Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher auf Grund der preußischen Verordnung vom 2. November einfach nicht mehr zugelassen. Damit war der Antrag der Erwerbslosen, dem inneren Wunsche des sozialdemokratischen Fraktionsführers Pieterck entsprechend, erledigt auf Wochen hinaus. Der Tribune bemächtigte sich daraufhin eine starke Erregung, denn jeder Arbeiter erkannte sofort das unehrliche Spiel der SPD. Selbst SPD-Arbeiter schimpften auf ihre tapferen Vertreter im Stadtparlament. Der Stadtverordnete-vorsteher, Kaufmann Heim, forderte wiederholt Ruhe. Ein Erwerbsloser rief ihm zu: Wir haben einen großen Hunger zu Hause! Darauf erhielt er vom Vorsteher die bemerkenswerte offenerzige Antwort: Wir können den Hunger nicht stillen!

Jawohl, das Bürgertum, der Kapitalismus kann den Hunger der Erwerbslosen nicht mehr stillen, alles Hoffen und Harren darauf wird zur Narretei. Das Proletariat muß sein Schicksal, seine Zukunft selbst meistern dadurch, daß es den revolutionären Weg zum Sozialismus beschreitet.

### Staunen und Freude

erlebten am Sonntagabend und Sonntag 400 Arbeiterkinder die ohne in einem richtigen Kino zu sitzen — in einem Heim der Arbeiter-Kinderfreunde, Sonnenstraße 39, zwei richtige Großfilme anschauen konnten. Vorher hatte der „Rote Kasper“ mit einem Spiel die Arbeiterkinder erheitert.

Aber gar erst der Film „Tierfreundschaften“ löste helle Freude aus.

Ein heiterer Trickfilm „Primbake in Afrika“ sorgte für Heiterkeit.

Für die 10-14-jährigen Kinder findet am Sonntag, den 18. Dezember, um 16 Uhr, für alle Eltern und einer Gesinnungsfreunde um 20 Uhr in der Monistischen Gemeinde eine Filmvorstellung statt. Für gute einwandfreie Vorführung ist Sorge getragen. Besorgt Euch im Vorverkauf die Karten, Kinder 10 Pf., Erwachsene abends 20 Pf. Außerdem Sprechhör, Spiel und Musik, sowie Rezitationen d. Gen. Skade. Wir erwarten den Besuch aller Eltern und deren Kinder. Karten und Einladungen durch Eltern, Helfer und Falken. Arbeiter-Kinderfreunde (SAP).



### Lobetheater. „Robinson soll nicht sterben“ von Friedrich Forster.

In alle Welt Sprachen übersetzt, hat der Robinsonroman Defoes, dieser frühe literarische Ausdruck einer überreifen Kultur, die Sehnsucht nach dem abenteuerlichen Gestern, nach ursprünglicher Natur und unverbildeter Menschenart seit über zwei Jahrhunderten wach gehalten. Der Roman ist ein Kulturdokument besonderer Art geblieben. Aber wir rechnen uns nicht zu denen, welchen „das wundersame Theater noch heute die Insel ihrer Märchenräume ist“, die „aus dem grauen Nebel unserer heutigen Sorgenzeit noch heimlich und still zu den Inseln ihrer Träume und seltsamen Abenteuer reisen“. Darum rechtfertigen wir Forsters Stück nicht und fühlen uns nicht einmal von ihm berührt, weil wir selbst den „Robinson“ mit Kinderaugen verschlungen haben.

In dem Forsterschen Stück hat Defoes Sohn dem greisen Vater das Vermögen und das Letzte, die Handschrift des „Robinson“, geraubt. In diesem Augenblick kommt eine Schaar kleiner Robinsonverehrer, Buben und Mädels, reifen den Taugenichts von Sohn aus dem Luderleben, schleppen ihn gefesselt vor den König, bezichtigen ihn der schlimmen Handlungen und — es kann gar nicht anders sein — von des Königs Aufgesicht, hat aus dem Saulus ein Paulus zu werden. Mit Jubel gehts zum Dichterheim, zum greisen Defoe, dem der sonnige Lebensabend sicher ist.

Die ganze Butzenscheibensmentalität, die muffige Moral, der goldene Lamettakitsch ist hier aus der verstaubten Märchenkiste geholt: der brave Vater, der mißratene Sohn, der gnadenspendende König, der liebe Gott, der durch die Kinderhände Gutes tut. Und auf diesen Kitsch ist Kästner aufgepfropft, die frischen Einfälle des modernen Kinder-

### Deutscher Freidenkerverband

Abteilung Scheitnig.

Heute abend wichtige Abteilungsver-sammlung im „Oderstrom“, Uferstr. 48. Mitgliedsbücher nicht vergessen.

buchs „Emil und die Detektive“ die Verbrecherjagd der Jungens, der Sieg der Kindersache durch eine Handvoll tapferer, von einem klugen Mädchen geführter Buben — wo bleibt nur das Eigene, Herr Forster? Nein, dieser „Robinson“ soll schleunigst sterben, damit der echte Robinson weiterlebt!

Die von Schultze-Griesheim geleitete Aufführung stand ganz unter dem Eindruck der jungen Hilde Volk, die dem linischen Gebaren und der kindlichen Naivität ihrer Rolle einen überzeugenden Ausdruck lieh. Den mißratenen Sohn spielte noch mißratener Peters Arnolds, den gebrechlichen Alten Harry Förster, den im friederizianischen Legendestil gehaltenen König Hans Frank. In den komischen Rollen bewährten sich Alfred Scherzer, Käthe Habel-Reimers und Elise Eckert. Hans Maadin und Hans Keller waren oft nicht so echte Jungen wie Günther Kirchhoff, Rudolf Förster und Gerhard Dziallas. E. K.

### Proleton-Vorschau

Das Programm des Proleton ist auch diese Woche wieder sehr beachtenswert zusammengestellt. Hans Albers und Lilian Harvey haben sich im neuesten Tonfilm der Ufa gefunden und mit dem Tonfilm „Quick“ wiederum einen neuen Vercherkreis geschaffen. Quick ist der internationale Musikclown, von Hans Albers dargestellt, der jeden Abend im großen Varieté auftreten muß. Lilian Harvey findet Gefallen an diesem großen Clown. Wie üblich kommt erst nach vielem Holverdipolter das Paar zum glücklichen Ende. Zu diesem großen Ufafilm wird weiterhin einer der neuesten Sensationsfilme gezeigt. „Autobanden“. Wer eine gute Unterhaltung sich noch leisten kann der gehe ins Proleton. Preise ab 30 Pfg. für Erwerbslose. Sonntag findet wiederum die Kindervorstellung statt, Preise ab 20 Pfg.



# Die Liebe

geht durch  
den Magen,  
deshalb



Rum, Wein, Korn,  
Weinbrand, Likör,  
Fruchtsaft usw.

# schenken

weil Schindewan bei höchsten Preisen die  
andere und den modernsten Einrichtungen eine  
reine, saubere, gesunde, gesunde und die  
178 Jahren Erfahrung - Erfahrungsgemäß  
bietet über die andere, neuere Firmen der Bran-  
che nicht variieren können. Für die die  
neueste ausführliche Schindewan-Preisliste.

## Aus aller Welt Theaterbrand in Worms

Worms, 15. Dezember.  
Von einem schweren Brandunglück wurde am Mittwochabend das Wormser Städtische Spiel- und Festhaus betroffen. Gegen 1/10 Uhr ertönte Großfeueralarm, und noch ehe die Feuerwehren angeht, stand das Bühnenhaus in hellen Flammen. Der Brand war im Requisitenhaus ausgebrochen und trat sich bis zum Dachstuhl empor, der krachend bald darauf einstürzte. Die Feuerwehr bekämpfte das rasende Element von allen vier Seiten und auch vom Zuschauerraum aus, der durch das Wasser stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Gegen 1/12 Uhr nachts konnte die Gefahr als endgültig beseitigt betrachtet werden. Während das Bühnenhaus vollkommen ausgebrannt ist, blieb der große Theatersaal von dem eigentlichen Feuer-schaden bewahrt. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet. Es wurde festgestellt, daß in den Abendstunden ein Einbruch verübt worden war. Die Diebe hatten es auf die Gelder abgesehen, die aus dem Kartenverkauf eingegangen waren. Sie fanden aber nichts vor und allem Anschein nach haben sie entweder aus Zorn hierüber absichtlich den Brand gelegt, oder aber es ist durch eine wegge-worfene Zigarette ausgebrochen.

## Einsturz eines alten spanischen Bischofspalastes

Vigo, 13. Dezember.  
Aus Tuy wird gemeldet, daß dort ein alter Bischofspalast eingestürzt sei. Ein benachbartes Haus soll mit eingestürzt und die dort wohnende Familie umgekommen sein.

## Schwerer Erderschütterung in Spanien

Madrid, 14. Dezember.  
Bei Alcala de Jucar (Provinz Albacete) haben sich durch die anhaltenden Regen-güsse in der letzten Zeit große Gesteins-massen gelockert, die vier Häuser zum Ein-sturz brachten. Dabei wurden elf Personen getötet und vierzehn schwerverletzt.

## Felssturz bei einem spanischen Dorf Drei Häuser zerstört

Albacete (Spanien), 14. Dezember.  
Bei dem Dorfe Alcala del Jucar löste sich gestern ein gewaltiger Felsblock, der in

das Dorf hineinrollte und drei Häuser zer-trümmerte. Unter den Trümmern der Ge-bäude liegen elf Personen begraben. Zwei von ihnen konnten bisher als Leichen geborgen werden.

## Schiffsbrand in der Elbemündung

Hamburg, 14. Dezember.  
Nach einer Meldung aus Cuxhaven ist in der letzten Nacht in der Elbemündung unweit Leuchtschiff 4, ein sogenanntes Buchloch der kleine deutsche 60-Tonnen-Motorschiff „Hosianna“ durch Feuer vernichtet worden. Die drei Mann starke Besatzung hat sich im Boot nach Cuxhaven gerettet. Das Feuer war durch Motorschaden entstanden.

## Beisetzung der Opfer

Premnitz, 11. Dezember.  
In diesen Tagen wurden die Opfer der Explosion in den Heimatorten der Toten be-gesetzt. Delegationen der Belegschaft nahmen an allen Feiern teil. Für Winkes wurde von dem Freidenkerverband eine Trauerfeier auf dem Gemeindefriedhof veranstaltet. Ein-wandfrei ist nun festgestellt, daß die erste Vermutung, das Unglück sei durch Explosion einer Sauerstoff-Flasche entstanden, irrig war. Alle in Frage kommenden Flaschen sind vor-handen. Die Explosion ist also aus ande-ren Ursachen entstanden. Am wahrscheinlichsten ist die Annahme, daß Schießbaum-wolle explodiert ist. Die amtliche Unter-suchung nimmt ihren Fortgang.

Die Belegschaft tritt energisch und ge-schlossen in Aktion gegen die Ursachen drohender Unfälle:

- gegen Hetztempo bei der Arbeit,
- gegen Ueberstrenen,

für menschliche Behandlung der Ar-beitskraft,  
für Beseitigung aller Gefahrenherde.

Strengste Anordnungen gegen Ueberstunden, gegen Ueberlastung der Arbeitskraft müs-sen sofort erzwungen werden. Die Ange-stellten, auch leitende, werden ebenso wie der Arbeiter überlastet und angetrieben. Wenn hier keine Verständigung möglich ist, dann bitte man sich von der Seite des Werkes her aller Gesten und Maßnahmen zur würdigen Bestattung der Opfer enthalten können. Nicht Plüsterchen kleben, sondern ehrlich erkennen: So geht es nicht weiter. Wir werden erinnern an die Worte des Bedauerns, wenn das Un-glück vergessen sein wird. Wir werden es nicht vergessen. Wer menschlich nur in den Stunden des Unglücks sein kann, aber in der Trübnis des Alltags „menschliche Regun-gen“ schnell wieder vergißt, wird gemahnt werden an die Worte auf den Kranzschleifen: „Unsern treuen Mitarbeitern.“

## PKG

### Besichtigung der Anatomie

Maxstraße, Sonntag, den 16. Dezember, 10 Uhr. — Eintritt: Mitglieder frei, Gäste 20 Pfg. — Mitgliedskarten sind im Sekretariat, bei den Funktionären und vor Beginn der Besichtigung zu haben, Beitrag 10 Pfg.

### Zwei Weihnachts-Morgenfeiern

am zweiten Feiertag; vormittags 10 Uhr im Kristallpalast, 10<sup>15</sup> Uhr im Proleton. Tonfilm in deutscher Sprache: „Gassenhauer“, im Vorprogramm u. a. Marietta Lenz mit Weihnachts- u. Zille-Liedern. Karten zu 20 und 30 Pf. bei den Funk-tionären und im Sekretariat.

## Zwickau

### KAUFHAUS SCHOCKEN ZWICKAU

## Winter-Schuhwerk

DAMENKRAGENSCHUHE		HERRN-NUORENSCHUHE	
schwarz oder braun Rohleder, mit Winterfutter	6.50	braun oder braun Wasserprot., wasser-dichtes Futter, Zwischenschuh	8.50
schwarz oder braun Boxcall, mit Winter-futter	7.75	braun Wasserprot., mit Winterand, Zwi-schenschuh, Schl-Absatz	9.75
schwarz oder braun Boxcall, mit Winter-futter, gute Fahrform	9.75	braun Mosibox oder Wasserprot., wasser-dichtes Futter, Winterand, Zwischenschuh	12.00
schwarz oder braun Boxcall, mit Immiter-am Lammfellfutter, braune Fern	10.50	braun Wasserprot., wasserdichtes Futter, Winterand, Zwischenschuh, Schl-Absatz	13.50

307 Inseeralform geschüht

## STADTTHEATER

Donnerstag, 20—nach 22.30 Uhr  
Geschlossene Vorstellung  
für die Deutsche Bühne  
Freitag, 19.30 — 22.45 Uhr  
Der Teufelsreiter  
Sonabend, 20—22.30  
Abonn.-Vorstell. G 7  
Friedemann Bach

## LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.30  
Heimkehr des  
Olympiasiegers

Sonntag, 15.30—17.45  
Hobbesen soll nicht sterben

## DIAMANT-HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15—22  
Bargeld lacht  
Sonntag, 15.30—17.30  
Wir fahren mit Dieter ins  
Bärchenland



## Der echte KAFFEE HAG

Stets frisch bei:

## Paul Biehl

Kolonialwaren  
9% Rabatt  
Aisenstr. 13 und  
Aisenstraße 89

Schenkt gute, für den  
Proletariat wertvolle  
u. wegweisende Bücher!

Beachtet unsere Inserate

## Herzlichen Dank

allen Freunden und Bekannten, die meiner Ehefrau das letzte Geld gegeben haben. Besonderen Dank den Rednern Nevermann und Pfaff, der SAP, dem S. S. B., sowie allen denen, die uns in dieser schweren Zeit hilfreich und tröstend zur Seite standen.

Breslau, den 14. Dezember

Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Paul Kirstein**

Man kauft nur die guten und billigen

# Landgraf Schuhe

• Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring •

## Geschäftliches

„Der Gedanke macht ihn bleif, wenn er fragt, was kostet das?“ sag' Wilhelm Busch. Wenn's sich um Kaffee Hag handelt, braucht man diese Frage nicht zu stellen; Kaffee Hag ist nicht teurer als anderer guter Bohnenkaffee. Seit 1930 ist er 31 Prozent billiger. Kaffee Hag kann selbst zarten Kindern keine blassen Wangen machen; er ist koffeinfrei und daher völlig unschädlich.

Zähne sind Werkzeuge. Es ist eine Selbstverständlichkeit für uns, daß wir unsere Werkzeuge pfleglich behandeln. Gutes Handwerkzeug ist halbe Arbeit. Nur bei unseren Zähnen machen wir eine Ausnahme, ihre Pflege scheint uns weniger wichtig. Die Folgen dieser Vernachlässigung sind meistens sehr unangenehme: Zahnschmerzen, Verdauungsstörungen, Unlust bei der Arbeit, verminderte Leistungen, weniger Einnahmen. Das alles ist leicht zu verhindern, wenn man seine Zähne regelmäßig untersucht läßt auch dann, wenn sie nicht schmerzen, und wenn man sie täglich mit der eigenen Zahnpaste hürste und einer guten Zahnpaste putzt. Chlorodont ist die Zahnpaste von höchster Qualität und sparsam im Verbrauch.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; vertrat Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Neugeb. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A-G. Breslau, Neua Gruppenstraße 7.  
Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3, Treppen-Telephon 206 02.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gehrig, Breslau 6 Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Süddeutsche Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92.

# Wo decke ich meinen Bedarf?

## OHLAUER TOR

Bäckerf., Konditorei **Bruno Guckel**  
Margaretenstraße 15  
am Ohlauertor

9% **M. Kricke** 9%  
Kolonialwaren - Weine - Tabake  
9% **Lüschstraße 17** 9%

## Josef Thomas

Inh.: Johannes Helsing / Mauritiusplatz 1/2  
Edeka-Geschäft u. Kolonialwaren :: Feinkost

## PAUL RUDOLPH

Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße  
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine Spirituosen



Manchest.-Nosen  
schwarz, grau, braun  
1000 850 650 490

## Der Niedergang des deutschen Kapitalismus

von Fritz Sternberg  
Ladenpreis 9 Mark

Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Breslau, Kleine Holzstraße 3.

## Joh. Hammerling

Grünstraße 15, Ecke Palmstr.  
Edeka-Geschäft Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

## Hermann Schölzel

Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt  
Klein-Taschen  
Karl-Marx-Str. 38

**Erich Freitag**  
Karl-Marx-Str. 38  
Edeka-Geschäft u. Kolonialwaren  
Spirituosen • Weine  
Tabake • 9%

## Kolonialwaren — Spirituosen

Edeka-Geschäft Martin Fischer, Augustastr. 25.

Wir lesen die  
**SAZ**  
Sozialistische Arbeiter-Zeitung  
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20008  
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren  
„Inserenten“

## SUD U. SUDWEST

✚ Drogen, Farben, Foto ✚  
Walter Bienas, Lehmgrubenstraße 56

✚ **Erich Langner** ✚  
Kohlenhandlung  
Augustastr. 25 - Fernsprecher 661 88



# Das Gütschtunnel-Unglück

Ein Augenzeuge berichtet

Ein Augenzeuge des Zusammenstoßes im Gütschtunnel, der sich zufälligerweise in der Nähe des Tunnelinganges befand, gibt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Schilderung des Unglücks: „Als der Zürcher Zug in den Tunnel eingefahren war, hörte man plötzlich ein furchtbares Krachen. Schreie und Hilferufe erklangen aus der Finsternis. Im Verein mit dem überlebenden Zugpersonal und beheizten Passagieren wurden die ersten Hilfeleistungen vorgenommen. Eine Orientierung war in der Dunkelheit in dem schrecklichen Chaos zuerst fast unmöglich, da die Lichtdrähte der elektrischen Führung gerissen waren. Nur aus einzelnen Wagen tauchten ein paar Lichter auf. Beide Maschinen waren ineinander geschichtet. Die von Luzern kommende halbe Fahrt fast ganz über die andere gelegt. Der Lokomotivführer des einen Zuges war in den Führerstand eingeklemmt und lot die Hand noch auf dem Bremshebel. Der Packwagen des Gotthardzuges war bis zur Wölbung des Tunnels gehoben worden. Eine Reihe anderer Wagen war vollständig zertrümmert. Beim Zürcher Zug ist der Wagen zweiter Klasse schwer beschädigt. Der nachfolgende Packwagen war in ihn hineingetrieben worden. Die Verschüttelung war so stark, daß mit Schweißapparaten zu Werke gegangen werden mußte, um in das Innere des Wagens eindringen zu können. Zwei Postbeamte des gänzlich zertrümmerten Zuges hatten sich durch Abspringen gerettet.

## Die Schuldfrage wird diskutiert

Die „Neue Zürcher Zeitung“ wirft in einer Betrachtung der Katastrophe die Frage auf, ob dieses Unglück geschehen wäre, wenn der Stand der Eilzugslokomotive mit zwei Mann

besetzt gewesen wäre. Beide Züge seien nämlich in dem in der Schweiz vielfach gebräuchlichen Einmannsystem betrieben worden. Die Meinung vieler Kreise gehe dahin, daß bei Fahrgeschwindigkeiten von 70 Kilometern und mehr unbedingt zwei Mann im Führerstand sein sollten. Es sei bemerkt, daß an der gleichen Stelle im Jahre 1911 ein Bahnarbeiter von einem Zuge überfahren worden sind.

Jetzt nach diesem furchterlichen Unglück beginnt man darüber zu diskutieren, daß ein Mann als Bedienung für eine Schnellzuglokomotive zu wenig sei. Bis dahin haben sich die Vertreter des bürgerlich-kapitalistischen Ausbeuter-Systems mehr als zufrieden gegeben, denn das hohe ja Erhöhung der Betriebskosten, wenn man zwei Mann auf den Führerstand einer Lokomotive stellt und das hohe in weniger Profite.

Nach anderen Schweizer Zeitungen behauptet man sich eifrig lediglich die Schuld des jetzt toten Führers festzustellen. Das ist fürchterlich bequem und erleichtert das Gewissen der Bahnverwaltung — falls bei der Verwaltung eines kapitalistischen Unternehmens überhaupt von Gewissen gesprochen werden darf.

Die Schuld trägt nicht der Führer, die Schuld trägt das profitierbare System.

Im Zusammenhang mit dem Unglück wurde natürlich im Schweizer Nationalrat eifrig diskutiert. Es ist interessant, daß dabei festgestellt wurde, daß der durch einen Packwagen gedeckte erste deutsche Wagen des Eilzuges dem Zusammenprall nicht widerstanden hat. Sollte das der Beweis dafür sein, wie leichtfertig von deutscher Seite man gerade bei Schnellzügen Wagen älteren Systems immer wieder laufen läßt?

# „Die Tragik Amerikas“

„Kommt Europa wieder hoch!“

Zwei amerikanische Schriftsteller, die sich in den letzten Jahren durch ihre Schriften in der ganzen Welt einen Namen verschafften, sind vor kurzem mit neuen, bereits ins Deutsche übersetzten Werken herausgekommen. Theodore Dreyser, bekannt als Romanschriftsteller und Bewunderer des Neuaufbaus in der Sowjetunion, behandelt in seinem neuen Buch „Die Tragik Amerikas“ Knickerbooker ist durch Europa gereist, hat dort die bekanntesten Staatsmänner und Wirtschaftler interviewt sowie eigene Eindrücke gesammelt über die Frage: „Kommt Europa wieder hoch?“

Beide Bücher behandeln höchst aktuelle wirtschaftliche und politische Probleme. Leider aber muß von beiden Büchern gesagt werden, daß sie eine außerordentlich große Oberflächlichkeit und Verantwortungslosigkeit aufweisen. Wenn z. B. Dreyser sich auf den Marxismus und auf Lenin beruft und damit die größte Ahnungslosigkeit und größten Mißverständnisse diesen gegenüber an den Tag legt, oder wenn Knickerbooker fast überall das Leben der breiten Massen, auch der Arbeitslosen, besser als je, wenn er, der genügend Geld und Bequemlichkeiten auf seinen Reisen zu Verfügung hat, 36 Mark monatliche Unterstützung viel und eine Restaurant-Mahlzeit für 80 Pfg. äußerst billig findet, wenn er den heutigen Arbeiterverhältnissen gegenüberstellt, daß der alte Kaiser Franz Joseph in seiner Wiener Burg ja nicht einmal ein Badezimmer besessen hätte, und wenn er feststellt, daß diejenigen, denen es am schlimmsten ergangen ist die Herren Rothschild usw. seien, die sich statt eines Schlosses vielleicht nur noch eine Villa leisten können, so kann man das doch wohl nicht anders als schlimmste Verantwortungslosigkeit gegenüber den tatsächlichen Problemen bezeichnen.

In beiden Büchern ist wohl auch interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen. Dreyser z. B. bringt eine Fülle Materials über die ungeheure Macht der großen amerikanischen Banken und Industrie-Truists, über die Bestechlichkeit der Presse, der Professoren, der Justiz zugunsten spezieller kapitalistischer Geschäftszwecke. Er zeigt viel Arbeiterleid und -Ausbeutung auf, schildert die amerikanischen Methoden der Betriebsbespitzelung u. dgl. m. Aber seine Vorschläge für eine Umgestaltung Amerikas, die zu machen Dreyser sich berufen fühlt, haben trotz Vergleichens mit der Sowjetunion, trotz der betonten und gefühlsmäßig sicher ganz ehrlich gemeinten und mutigen Sympathie für den Kommunismus mit beiden absolut nichts zu tun. Sie können deshalb bei Nicht-Wissenden nur eine Diskreditierung der Sowjetunion und des Kommunismus und Sozialismus bewirken. Es ist Dreyser z. B. offenbar überhaupt nicht klar, daß der Aufbau in der Sowjetunion erst nach schwerem Kampfe und Bürgerkrieg ermöglicht wurde, und daß auch in Amerika dieser Kampf ausgetragen werden muß. Er schlägt, um nur ein Beispiel des Widersinns seiner Ausführungen anzuführen, nach entwürdeten Bemerkungen darüber, daß streikende Arbeiter von der Polizei niedergeknüpelt wurden, vor, daß man die staatliche Polizei durch Lokalpolitisten ersetzen und — bei Unruhen Militär anstatt der Polizei einsetzen solle (!).

Dreyser ist eben kein Marxist. Sein guter Wille zur Kritik des herrschenden Systems ist aber auf alle Fälle anzuerkennen!

1) Theodore Dreyser, Die Tragik Amerikas. Berlin 1932. Paul Zsolnay, Verlag.

2) H. R. Knickerbooker, Kommt Europa wieder hoch? Berlin 1932. Ernst Rohwolt, Verlag.

Was das Buch von Knickerbooker anbelangt, so möchten wir außer den bereits erfolgten Hinweisen und der Hinweisung, daß Knickerbooker Europa auf kapitalistischem Wege wieder hochkommen sieht, und daß der Putschismus in Italien die höchste Bewunderung Knickerbookers erregt hat, unseren Lesern doch nicht vorzuenthalten, was eine deutsche Gewerkschaftszeitung, nämlich der „Korrespondent“ des freigewerkschaftlichen Deutschen Buchdruckerverbandes dazu zu sagen hat. Diese Besprechung zeigt, daß nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland Oberflächlichkeit und Verantwortungslosigkeit die tollsten Blüten treiben, und daß die Arbeiterklasse unendlich geduldi und duldsam geworden ist. Im „Korrespondent“ vom 18. Oktober heißt es am Schluß der Besprechung des Knickerbookerschen Europa-Buches:

„Das Resultat der Europareise des amerikanischen Journalisten hat das Gemeinsame und Gegene mancher Mischmethele gebührend gekennzeichnet (1) Man kann mit ihm der Überzeugung sein, daß das Schlimmste überwunden ist. Es ist nur notwendig, darauf zu achten, daß bestimmte Korrupturen, vor allem in Deutschland, den Gesundungsprozess der Wirtschaft nicht unterbrechen. Die Arbeiter Europas können wieder mit einiger Zuversicht in die Zukunft blicken. Sie müssen vor allem aber daran denken, ihre Organisationen zu befestigen und leistungsfähig zu machen, damit sie der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht machtlos gegenüberstehen und auf die Wohlfahrt eines gesicherten Lebensstandards verzichten müssen.“

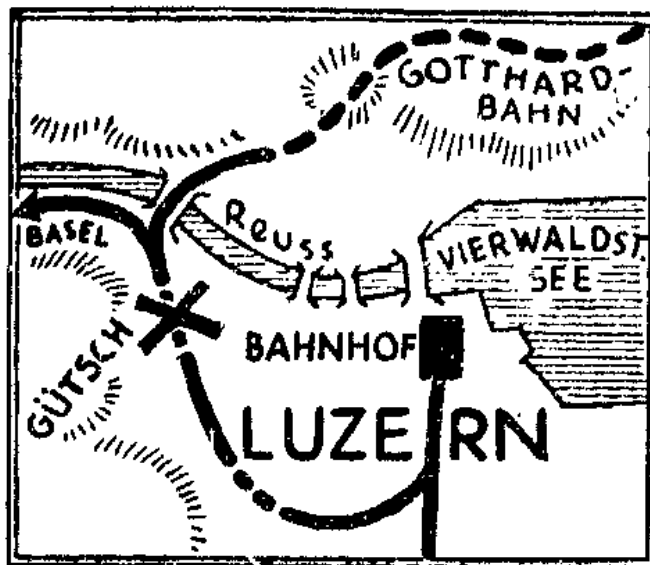
Das Material, mit dem Knickerbooker den kapitalistischen Wiederaufstieg Europas bewiesen zu haben glaubt und das er seinen — bürgerlichen — amerikanischen Lesern vorsetzt, damit sie wissen, wie sie mit Europa daran sind, ist durch die Brille eines Schmocks gesehen, der an die Fragen mit Zynismus und den plattesten Vorstellungen bürgerlicher Nationalökonomie herangeht. Die Tragik der arbeitenden Klasse ist in Europa heute mindestens ebenso groß und womöglich noch größer wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter hier wie dort aufträmen mit dem ganzen kapitalistischen Wirtschaftssystem und mit solchen Journalisten, wie sich vor allem Knickerbooker in seinem neuesten Machwerk entpuppt hat. —ch.

## Auch in Amerika:

### Rückgang der Buchproduktion!

Die Buchproduktion ist nicht nur in Deutschland stark zurückgegangen. Wie wir erfahren, hat auch der amerikanische Buchhandel eine ganz beträchtliche Einbuße zu verzeichnen. Nach einer Statistik erschienen im Oktober 1932, 1090 Werke gegen 1227 im Oktober d. Js. zuvor. Die Gesamtzahl der bis Oktober erschienenen Werke für das Jahr 1932 beträgt 7460. Im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres kamen 8682 Bücher heraus. Interessant ist, daß hierbei nicht etwa ein Rückgang auf einem speziellen Gebiet zu verzeichnen ist, sondern sich die rückläufige Bewegung auf alle Gebiete der Buchproduktion gleichmäßig verteilt.

## Werbt Abonnenten



## Zu der schweren Eisenbahn-Katastrophe in der Schweiz



Ein Tunnelleingang auf der St. Gotthard-Strecke. Oben links: Karte mit der Unglücksstelle (X). Der furchtbare E.senbahn-Zusammenstoß, der sich im Innern des Gütschtunnels bei Luzern ereignete, hat sieben Todesopfer gefordert. Das Unglück war nur dadurch möglich, daß die Geise durch den Tunnel in beiden Richtungen befahren werden und der Führer des von Luzern abgehenden Zuges ein Signal nicht beachtet hatte.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by 35) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Nach der Sitzung gehen die Gruppenleiter in die gemeinschaftlichen Wohnhäuser und verständigen die Kommunare über die Aufgaben des nächsten Tages. Jeder von ihnen kennt also schon am Vortage die Art und den Umfang seiner Arbeit und ist für deren Durchführung dem Gruppenleiter, dieser dem Leiter des Sektors und beide wieder sind dem Vorsitzenden der Kommune gegenüber verantwortlich.

Als Gruppenleiter wurden alte Kommunare und Kommunarianen, die in die Kommune hineingewachsen waren und sie als ihre Schöpfung betrachteten, bestimmt. Das sind Menschen, die mutig, erfahren und diszipliniert sind. Während der Sitzungen sprechen sie über die Disziplin mit besonderer Betonung und es kam mir öfter vor, als wären sie überpedantisch und anspruchsvoll, als verwandte sich ihre Strenge in seelenlosen Formalismus. Das ist aber nur der Anschein; ihre Gesichter sind fellig, streng, Bauerngesichter, die Stimmen verwirrt und etwas heiser, aber in ihren Augen, sehr frischen, aufmerksamen und scharfen Augen, wie gesunde Tiere sie zu haben pflegen, spielen und glänzen durchsichtige Tropfen gieriger Lebensneugierde. Und seltsam ist es, daß sie alle so gern lachen, nicht boshaft, nein sie lachen über den naivsten Scherz herzlich und laut. Und ihre Späße spritzen während der geschäftlichen Unterredungen wie ein Regen. Oft scheint es daß jenen Augenblick ein Streit losgehen werde; man beginnt aneinander zu nörgeln oder einen der Genossen in beleidigender Art zu erniedrigen. Und plötzlich, in der größten Hitze des Wortkampfes, ertönt ein saftiger Zwischenruf, vor dem die Augen aus den Höhlen herauszukriechen scheinen. Und schon lachen alle laut, der Redner lacht und auch der Angegriffene lacht. Das sind meist ordinäre Späße, aber es ist in ihnen nichts Schmutziges zu spüren, und auch ich muß zusammen mit den anderen lachen, bis die Tränen kommen. Nur Wjotrow ist unerschütterlich und läßt sich in seinen Gedanken nicht stören. Nur in seinen Augen glitzern spöttische Tröpflein. Barkin ist stumpf und blind. Warum spiegeln seine Augen nicht sein wirkliches Inneres wider?

Tschuschkin sah ich vordem sehr selten; er war immer beschäftigt. Er ist Vorsitzender der Produktionsleitung. Jetzt begegnen wir einander einigemal am Tage. Er ist ein bürgerlicher Bauer mit einer Narbe, die sich über seine Wange sein Auge bis zur Stirn zieht. Dieses Auge ist beschädigt und unheimlich starr und trüb. Die Narbe hatte er sich während der Partisanenzeit in einem Handgemenge mit Kosaken zugezogen. Er wettet besonders leidenschaftlich gegen das geringste Vergehen gegen die Disziplin und erklärt alle Unpünktlichkeiten und Nachlässigkeiten, alle nicht zur angesetzten Frist beendeten Arbeiten ausschlieflich durch Mangel an Disziplin. Für ihn ist Disziplin alles, es ist von der Idee der Disziplin besessen. Man nennt ihn sogar „die lebende Disziplin“. Worüber er auch redet, sei es Wirtschaft, Kulturarbeit, Alltag der Kommune, das Wetter, die politischen Ereignisse — alles führt er einzig und allein auf die Disziplin zurück.

Für ihn wird das Schicksal unseres Landes, der Kommune, der Erziehung der Kinder, die Aussichten auf die Ernte, ausschließlich durch die Disziplin bestimmt. Nerals versäumt er es, die Disziplin der Partisanen und der Roten Armee als Beispiel anzuführen. „Wir sind noch ganz dazwische Kerle (seine Stimme dröhnte, als käme sie aus einem Fels) ... Bayern mit Baststschuen ... eine Truppe von Anfängern sind wir ... Wann werdet ihr, meine lieben, bastbeschuhnten Freunde,

endlich eiserne Proleten, werden? Richtig eingereichte Proleten?“

Ich hatte einige Mal Gelegenheit, mit ihm ganz aufrichtig zu reden und entdeckte zu meinem größten Staunen einen sehr weichen, trübseligen Menschen in ihm. Von seinem Gesicht verschwindet niemals ein Lächeln, und seine Narbe zittert qualvoll und erweckt Mitleid für ihn. Er spricht sehr gerne über Bücher, die er gelesen hatte, besonders gefallen ihm Kriegsbücher, Bücher über die Revolution, über wissenschaftliche und technische Erfindungen. Dieser praktische Wirtschaftler und anspruchsvolle Vorsitzende der Produktionsleitung, wendet sich immer wieder mit unerwarteten Fragen über die Zukunft an mich. „Antworte mir bitte aufrichtig, Galja Iwanowna, ganz aufrichtig: es gibt in der Welt unter imperialistischem Joch ein Volk: die Neger. Werden sie einmal weiß sein?“

„Ich glaube nicht, Genosse Tschuschkin, das ist doch ein Natursegment, eine Rassen-eigenart.“

„Was? Warum ist das ein Segment ... warum Rassen-eigenart? Marxistisch gesehen, kommt es von der kapitalistischen Unterdrückung, Galja Iwanowna. Im Kommunismus wird es keinen Unterschied geben, alle werden einer Farbe sein: ein einheitlicher Kollektivmensch ... Disziplin fehlt ihnen, diesen Teufeln, sonst hätten sie sich schon längst von der Knechtschaft befreit ... Ich denke mir, sollten wir nicht zwei, drei Neger herkommen lassen ... zum Versuch ... Wir bauen doch den Kommunismus hier, nicht? ... Wir legen das Fundament ... Wir würden bestimmt diese Schwärze der Knechtschaft von ihnen herunterreißen. Ach, wenn man nur diese neue Zeit erleben würde! Ich möchte nicht sterben! ... Schön wird's sein! Unerhört interessant ist es, zu leben ... nicht?“

Der Leiter der mechanischen Werkstatt, ein Arbeiter aus Ssormowo, Rogatkin, ein schweigsamer kleiner Mann, der stets eine Pfeife im Mundwinkel hält, mit tief unter den Brauen versteckten, teilnahmsvollen Augen, blickt immer nachdenklich auf den Fußboden oder auf die auf dem Tisch liegenden Akten

und nimmt an den Diskussionen nicht teil. Richtet man aber eine Frage an ihn oder bittet man ihn, seine Meinung zu sagen, so antwortet er nachlässig, die Pfeife im Mund, mit dumpfer Stimme:

„Mein Standpunkt ist folgender: die Frage muß auf der Klassenlinie gelöst werden. Die Hauptsache ist: entspricht unsere Arbeit den Forderungen der Partei und des Staates oder nicht? In dieser Frage ist konkret so und so zu handeln ...“

Luscha ist Leiterin der Küche und des gemeinsamen Speiseraums. Bei den Sitzungen ist sie nicht zu erkennen; sie ist trocken, geht mit Worten, gibt ihre Rechenschaftsberichte streng, mit großem Verantwortungsbewußtsein. Und immer wieder schließt sie mit ein und demselben Satz:

„Genossen, wir haben eine schwere Arbeit: die Frauen sind ein rückständiges, klassenunbewußtes Element. Da kann man mit Disziplin allein wenig ausrichten; eines kann man nur, Genossen: die Frauen müssen bearbeitet, unterrichtet, erzogen werden ... wir haben die Kulturarbeit sehr vernachlässigt ... die Popen zeren die Frauen noch ins Dorf zurück ... da gibt's noch Verwandte ... Hexen.“

Neben Luscha sitzt immer Grischanju, der Leiter des Fuhrparks. Im Herbst und im Winter leitet er den Transport, im Frühling und Sommer die Traktorstation. Er ist der ständige Conférencier unseres Klubs. Er ist Traktorist und gewesener Lastträger. In die Kommune war er von weither gekommen, aus einer Stadt; er hatte von unserem Kollektiv gehört, entbrannte vor Begeisterung, ließ seine Arbeit stehen und begann einen kurzfristigen Traktoristenkursus. Nachher fuhr er zu uns. Er kam zu Wjotrow und meldete:

„Ich möchte zu euch in die Kommune, Genosse. Ich bin speziell für euch Traktorist geworden. Ihr könnt mich ausnutzen, wie ihr wollt. Ich bin aber ein lustiger Bruder: ich nehme vom Leben nicht nur gerne Wein und Weib, ich packe es am liebsten ganz. Ich will also so früh wie möglich in einer kommunistischen Gesellschaft leben.“

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftsarbeit im Rahmen der Statuten

## Ist das für einen revolutionären Gewerkschaftler möglich?

Wir berichteten in der „SAZ“ Nr. 281 vom 13. Dezember über eine Besprechung von SAP-Metallearbeitern mit DMV-Genossen aus der KPD in Breslau über die Möglichkeit eines gemeinsamen Arbeitens in den Gewerkschaften. Die Verhandlungen scheiterten an dem Bestehen der KPD an ihrer antigewerkschaftlichen Linie. Da die hierbei aufgeworfenen Fragen von allgemeiner Bedeutung für alle unsere Genossen sind und da gelernt anzunehmen ist, daß die KPD auf Grund ihrer „neuen“ Taktik der „innergewerkschaftlichen Arbeit“ gerade jetzt bei den Wahlen in den Gewerkschaften auch in anderen Orten an unsere Genossen herantreten wird, wollen wir in nachstehendem auf die hauptsächlichsten Probleme eingehen.

Unsere Genossen im DMV Breslau hatten den Bedingungen gestellt, die als Grundlage einer gemeinsamen Arbeit von allen Beteiligten angesehen und eingehalten werden müssen. Als erstes verlangten sie: Innergewerkschaftliche Arbeit im Rahmen der Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaft. Das wurde von den KPD-Vertretern schnell abgelehnt. Sie schrieben dazu in ihrer „Arbeiterzeitung“ u. a.:

„Diese Forderung erscheint für den freien Gewerkschaftler im ersten Augenblick

Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau der SAP

Unser Kursus mit Gen. Paul Fröhlich, Berlin, findet am Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. Dezbr., im Gasthaus „Wiener Spitze“, Bockwa, statt. Thema: „Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.“ Kursuszeit: Sonnabend 19.30 bis 22 Uhr Sonntag 9.-13 Uhr Kursusbeitrag 20 und 30 Pfg. Beteiligt Euch zahlreich! Die Unterbezirksleitung.

eine selbstverständliche Bedingung. In der Praxis aber erweist sich dieser Passus für den revolutionären Kollegen als eine lästige Kette. In einer politischen und wirtschaftlich zugespitzten Situation wie heute, in der Wirtschaftskämpfe auf eine höhere Stufe getragen, Massenkämpfe auslösen und damit revolutionären Charakter annehmen, ist es einfach absurd, im Rahmen der Statuten zu bleiben. ... Man kann mit dem bürgerlichen Gesetzbuch unterm Arm eben keine Revolution machen.“

Diese Argumentation mag, oberflächlich betrachtet, selbst für manchen unserer Genossen ganz plausibel klingen, zumal wenn er sich die oft geradezu reaktionären statistischen Bestimmungen und Verbandsratsbeschlüsse vergegenwärtigt. Aber das ist eben nur oberflächlich und gefühls-, aber nicht verstandesmäßig gesehen. Zunächst sei festgestellt, daß „arbeiten im Rahmen der Beschlüsse“ selbstverständlich keineswegs eine Gutheißung oder gar eine Verteidigung der Gewerkschafts-Statuten und -Beschlüsse bedeutet. Selbstverständlich müssen unsere Genossen und alle oppositionellen Gewerkschafter unablässig gegen alle dem revolutionären Kampfe feindlichen Bestimmungen ankämpfen und deren Aenderung anstreben. Aber gerade wenn man diesen Kampf führt und für die Revolutionierung der Gewerkschaften arbeiten will, dann ist eben notwendig, daß man sich dabei im statistischen Rahmen bewegt.

Zum Beispiel: Das Statut sieht vor, daß ein wählender Bevollmächtigter mindestens 5 Jahre im Verband sein muß, dann können zielbewußt arbeitende Genossen eben nur einen Kandidaten aufstellen, der fünf Jahre im Verband ist. Oder: Sieht das Statut vor, daß in der Regel ein Streik nur dann vom Verband geführt und unterstützt wird, wenn er mit Dreiviertelmehrheit durch Urabstimmung beschlossen ist, dann gilt es eben alle Kraft einzusetzen, um die Urabstimmung und die notwendige Mehrheit herbeizuführen. Das ist gewiß oft un bequem. Aber Oppositionelle, die glauben, sich über diese Bestimmungen hinwegsetzen zu können, werden nie einen Bevollmächtigten bekommen bzw. keinen Streik der Gewerkschaft erreichen. Dagegen aber erleichtern sie der Bürokratie den Ausschluß der revolutionären Kollegen.

Es ist daher gerade vom revolutionären Standpunkt eine Zweckmäßigkeit, den Rahmen der geltenden Bestimmungen in den Gewerkschaften einzuhalten. Nur dann ist überhaupt eine innergewerkschaftliche Arbeit möglich. Das hat auch die Führung der Kommunistischen Internationale (KI), wenigstens theoretisch, erkannt. Denn ein schon 1926 von einer KI-Organisationskomferenz gefaßter und 1932 neubestätigter Beschluß lautet:

„Diese kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollzieht sich im Rahmen des Statutes und der Beschlüsse der betreffenden Gewerkschaften.“

Unsere Genossen haben also von den KPD-Vertretern nichts anderes gefordert als die Einhaltung ihrer eigenen obersten Beschlüsse. Allerdings, die Gewerkschaftspraxis der KPD wie der KI steht dem diametral entgegen. Aber deshalb ist auch die KPD heute in allen Gewerkschaften ausgeschaltet. Und ihre Parole „innergewerkschaftliche Arbeit“ ist wirkungslos, ja widersinnig.

Wenn die KPD erklärt, „man könne mit dem Gesetzbuch unterm Arm keine Revolution machen“, so handelt es sich hier zunächst einmal um zielbewußte Arbeit, damit die Voraussetzungen für die Revolution geschaffen werden. Ist die Revolution erst da, dann werden die Gewerkschaftsstatuten gewiß keine Rolle mehr spielen. Heute vollzieht sich mindestens 95 Prozent aller Tätigkeit der KPD im Rahmen der bürgerlichen Staatsgesetze (Parlamentswahlen, Abhaltung von Versammlungen, Einhaltung des Preissetzes usw.). Selbstverständlich macht das die KPD nur zum Zweck, aber sie macht's, um überhaupt legal arbeiten und in ihre Ziele werben zu können. Die ganze Argumentation der KPD ist daher falsch und dumm, aber nicht revolutionär.

Als zweites forderten unsere Genossen: Verzicht auf sogenannte rote Betriebsratslisten und Einsetzung aller Kraft, um die freigewerkschaftlichen Listen mit Klassenkämpfern zu besetzen.

Auch das ist nichts anderes, als Arbeit, um im Rahmen der Gewerkschaftsbeschlüsse (i. des Verbandsmitglied, das auf einer nicht freigewerkschaftlichen Liste kandidiert, wird nach dem Statut ausgeschlossen) den denkbar größten Einfluß auf die Betriebsrätebewegung und auf die Gewerkschaften im Betrieb zu bekommen. Die „roten“ Betriebsräte der KPD sind ohne eine hinter ihnen stehende Gewerkschaft reist völlig hilflos und - durch ihren Ausschluß von den entscheidenden Arbeiterschichten, den gewerkschaftlich organisierten - isoliert. Daher: Mit der Taktik der roten Betriebsräte ist jede innergewerkschaftliche Arbeit unmöglich. Daher kann es hier keine Konzession, kein Abweichen geben. Bis 1928 hat das die KPD auch eingesehen. Erst seitdem macht sie diese antigewerkschaftlichen „roten“ Listen.

Als drittes forderten unsere Genossen:

## Kurzarbeit in USA und Deutschland

### 5 Tage- oder 40 Stundenwoche kein Ausweg aus der Krise

Die Presse-Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes vom 1. d. M. bringen einen interessanten Beitrag über die Fünftagewoche in USA. Es wird dort mitgeteilt, daß im Verlauf einer Sonderung des Parlaments von Illinois der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes dieses Staates einen Gesetzentwurf eingebracht habe, der zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung der Not die gesetzliche Einführung der Fünftagewoche verlangt.

Die führende Unternehmervereinigung in USA, die „National Industrial Conference Board“ hat - im Zusammenhang hiermit - die Ergebnisse einer Erhebung veröffentlicht, die zeigen, daß in den meisten Industrien die Arbeitszeit bereits weniger als 40 Stunden wöchentlich beträgt. Die Erhebung umfaßte 1500 gewerbliche Betriebe in vier Industriezweigen lag die Arbeitszeit im August d. J. über 40 Stunden, und zwar in der Seidenindustrie (10,6 Stunden), im Druckergewerbe (41,4 Stunden), in der Schuhindustrie (41,7 Stunden) und in den Schlachthäusern (47,9 Stunden). In den anderen Industrien lag die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden mit Ausnahme der Kautschukindustrie (nur 29,2 Stunden), der Gießereien und Maschinenfabriken (27,4 Stunden) des elektrischen Apparatebaues (24,9 Stunden) der Kleinenindustrie (24,8 Stunden) und der Automobilindustrie (22 Std.).

Die Verhältnisse in Deutschland sind weit schlimmer als in

Propaganda für die Stärkung und den Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Dagegen argumentiert die KPD:

„Wie kann man den unorganisierten Arbeiter bewegen, Mitglied der freien Gewerkschaften zu werden, wenn an ihrer Spitze Leute stehen wie ein Leipart, Grabmann, Furtwängler, Brandes und wie sie alle heißen mögen?“

So ist dieses Argument ist, so dumm ist es. Wir wollen uns ersparen, die so oft zitierten Worte von Lenin hier zu wiederholen, der immer wieder gerade die revolutionären Arbeiter aufforderte, in die Gewerkschaften einzutreten und dort zu arbeiten, wo sich die entscheidenden Arbeitermassen befinden. Nicht die Führer, nicht die Leiparts, die Massen sind die Gewerkschaften. Wenn heute, auch erst seit einigen Jahren, die KPD die Eintrittspropaganda ablehnt, so verneint sie damit jede wirklich positive Gewerkschaftsarbeit. Wer erfolgreiche Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften leisten will, der muß ihr Bestes wollen, muß alles tun, um sie zu stärken und zu Machtsorganen des Klassenkampfes zu machen. Dazu und auch zur Stärkung seines eigenen Einflusses ist die Werbung und der Eintritt neuer Mitglieder eine logische Notwendigkeit.

Wer die drei hier behandelten Mindestbedingungen für Gewerkschaftsarbeit ablehnt, der will im Grunde keine Arbeit in den Gewerkschaften, sondern will dort nur Opposition machen zu dem Zweck, einen Teil der Mitglieder aus den Gewerkschaften heraus, zur RGO zu führen. Das kann und darf kein SAP-Genosse mitmachen oder durch ungeklärte Zusammenarbeit mit RGO-Anhängern unterstützen. Trotzdem, oder gerade erst recht müssen wir aber die kommunistischen Kollegen in den Gewerkschaften aufklären, von der Schädlichkeit der RGO-Politik überzeugen und, wenn sie zu positiver Gewerkschaftsarbeit bereit sind, mit ihnen zusammengehen.

## Offerer Brief an den Vorstand des DMV

Zwickau, den 12. Dezember 1932.

An den Vorstand des DMV, Berlin  
Werte Kollegen! Die Quartals-General-Mitgliederversammlung des DMV, Ortsverwaltung Zwickau, am 24. 10. 1932, nahm mit großer Mehrheit (von über 100 Teilnehmern stimmten nur 17 dagegen) nachstehenden Antrag an:

„Die Ortsverwaltung des DMV wird beauftragt, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die in der Woche vom 13. bis zum 20. November stattfinden soll. Als Referent ist der Kollege Jakob Walcher, Berlin, anzufordern. Thema: „Der Ausweg aus der Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften“.

Diese Versammlung hat jedoch bis heute noch nicht stattgefunden. Auf wiederholte Anfragen bei dem Geschäftsführer, Kollegen Hentsch, teilte dieser mit, daß die Ortsverwaltung beschlossen habe, diese Mitgliederversammlung „vorläufig zurückzustellen“

und vorher „Erkundigungen“ (?) beim Hauptvorstand des DMV einzuziehen. Eine Antwort des Hauptvorstandes sei aber noch nicht eingegangen. Wir erblicken in dieser Maßnahme der Ortsverwaltung eine grobliche Verletzung des Verbandsstatutes, das im § 33 Abs. 4 folgendes sagt:

„Die örtliche Verwaltungsstelle erledigt ihre Aufgaben in der Regel in hierzu von der Ortsverwaltung einzuberufenden Mitgliederversammlungen. Die Mitgliederversammlungen bilden für die Mitglieder die höchste Instanz zur Entscheidung örtlicher Verbandsangelegenheiten. Deren Beschlüsse sind, wenn sie nicht dem Statut oder den Beschlüssen der Verbandstage zuwiderlaufen für alle Mitglieder der Verwaltungsstelle bindend.“

Da bei dem Beschluß der Quartals-General-Mitgliederversammlung weder von einer Verletzung des Statutes noch von Beschlüssen der Verbandstage die Rede sein kann, ist uns die Handlungsweise der Ortsverwaltung Zw.

völlig unverständlich. Insbesondere kann die Kostenfrage, auf die Koll. Hentsch hinwies, keine Rolle spielen, da Koll. Walcher oft im Zwickauer Wirtschaftsgebiet tätig ist. Wir fragen deshalb den Hauptvorstand des DMV:

1. Ist es richtig, daß die Ortsverwaltung an den Hauptvorstand des DMV geschrieben hat, um „Erkundigungen“ einzuziehen, und

2. wenn dies geschehen, wie begründet die Ortsverwaltung diesen immerhin ungewöhnlichen Schritt?

3. Ist der Hauptvorstand bereit, die Ortsverwaltung Zwickau anzuweisen, den Beschluß der Mitgliederversammlung nunmehr zur Durchführung zu bringen?

Wir müssen, da bereits ein Monat über den von der Mitgliederversammlung festgesetzten Termin verstrichen ist, annehmen, daß der Hauptvorstand, sofern er tatsächlich von der Ortsverwaltung unterrichtet worden ist, diese bewußte und groblichste Verletzung des Verbandsstatutes durch die Ortsverwaltung Zwickau guthieß. Es liegt sicher nicht im Interesse des Verbandes, wenn Mitgliederbeschlüsse auf diese Weise hinausgeschoben, d. h. mißachtet werden und dadurch das Vertrauen der Mitglieder zu den freien Gewerkschaften erschüttert wird.

Um der Einheit des DMV willen, erwarten wir vom Hauptvorstand eine baldige Erledigung dieser Angelegenheit.

Mit kollegialen Grüßen  
Ernst Köncke Paul Leonhardt.

## Rückzug

### Mehr-Webstuhl-System in England

Manchester, 13. Dezember.

Das Zentralkomitee der Vereinigung britischer Baumwollindustrieller ratifizierte das Abkommen, das kürzlich von der Gemischten Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen wurde und das jedem Weber die Bedienung mehrerer Webstühle aufgibt. Das Abkommen wird am Donnerstag von der Gewerkschaft der Baumwollweber geprüft und am Sonnabend einer Generalversammlung der genannten Gewerkschaft zur Ratifikation vorgelegt werden.

Das ist ein folgenschwerer Rückzug der englischen Gewerkschaften. Es ist die Folge des Ausweichens vor entscheidenden revolutionären Kämpfen durch die Gewerkschaftsführung.

## Für 30 Stunden-Arbeitswoche

Cincinnati (Ohio), 12. Dezember.

Der Präsident der American Federation of Labor William Green, erklärte hier, daß Amerika nicht zur 48-Stundenwoche zurückkehren könne, weil im Lande nicht genug Arbeit sei. Selbst bei einer Rückkehr der Konjunktur des Jahres 1929 würden infolge des Fortschritts der Rationalisierung nur etwa 55 Prozent der Arbeitslosen auf Basis des Sechsstundentages in den Produktionsprozess wieder aufgenommen werden können. Green setzte sich für die Fünftagewoche mit täglich sechsstündiger Arbeitszeit ein. Sie allein würde, so sagte er, führte man sie allgemein in ganz Amerika ein, allen Frauen und Männern Gelegenheit zur Arbeit bieten.

## Gegen das Chemnitzer Todesurteil

Die Breslauer Marstallbediensteten haben in einem Telegramm an das sächsische Justizministerium die Aufhebung des Todesurteils gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl gefordert.

Die Fürsorgearbeiter der Gartenbauverwaltung Breslau-West verlangen unter schärfstem Protest gegen das Todesurteil sofortige Begnadigung und Wiederaufnahmeverfahren.

Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Aue i. Sa., stellt fest, daß das Todesurteil im Widerspruch zum Ergebnis des Prozesses steht; die Versammlung fordert sofortige Aufhebung des Urteils.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialistischen Jugendverbandes Groß-Bremen protestiert auf das schärfste gegen das Todesurteil und stellt fest, daß die Vollstreckung des Urteils einen neuen unerhörten Justizmord bedeuten würde.

## Aus der Partei

Richtigstellung. In der „SAZ“ Nr. 283 veröffentlichten wir eine Resolution von Hessen und Hessen-Nassau unter der Angabe, daß dies eine Entscheidung des Bezirksparteitages sei. Wie uns jetzt aus Frankfurt a. M. mitgeteilt wird, war hier ein Irrtum unterlaufen. Die veröffentlichte Entscheidung wurde von der erweiterten Bezirksleitung der SAP Hessen und Hessen-Nassau gefaßt, während der Bezirksparteitag erst am kommenden Sonntag stattfindet.

Oldenburg

SAP Oldenburg. Dienstags im Heim Vorstandssitzung. — Jeden Montag zentraler Kursus, Punkt 20 Uhr im Heim. — Jeden Freitag Kursus der GEG-Genossen. Beginn vormittags 11 Uhr im Heim. Hierzu wird allseitige Beteiligung erwartet. SSB (Schutzbund) jeden Donnerstag im Heim Übung. Jedes SAP-Mitglied muß aktiv im SSB stehen. Macht sympathisierende Arbeiter auf die Wichtigkeit einer proletarischen Wehrorganisation aufmerksam.

SIV. Mittwochs-Gruppenabend im Heim. Beginn pünktlich 20 Uhr. Genossen, deckt euren Bedarf an Literatur u. dergl. in eurer eignen Geschäftsstelle!